

die 6 Spalten Beträge 25 A.
Kleinanzeigen unter dem Rubrikationsstrich
(Tageblätter) 75 A. vor den Familiennachrichten
(Tageblätter) 50 A.

Extra-Belagen (geliefert) nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung
A 90.—, mit Postbeförderung A 70.—

Annahmeschluss für Anzeigen:
Morgen-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Nachmittags-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition
zu richten.

Die Expedition ist nachmittags ununterbrochen
geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von G. Holz in Leipzig.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Aus der Woche.

Es gebet die ganze Begeisterungsbiligkeit eines
parteilichen Sozialisten dazu, um besondere Befriedigung
darüber zu äußern, daß im Gespräch mit einem französischen
Journalisten Graf Bülow die Lage als „im allgemeinen
vortrefflich“ bezeichnet hat.

Ein deutscher Politiker, der etwa heute das Vergnügen
hätte, mit dem Reichkanzler in ein Gespräch zu kommen,
würde vermutlich nicht nach seinen Ansichten über Pastur
und Selmsloh sich erkundigen, sondern er würde ihn fragen:
Wie denken Sie über die Reichstagswahl? Dabei
lassen wir das dahingestellt, ob auch hier die Antwort gegeben
würde: „Im allgemeinen vortrefflich.“ Die „Kreuzzeitung“
tat so, als hätte aus solchen Mäulern ein erlösendes Wort
kommen, wobei sie aber schon zum voraus einen Maß
stab, wie es lauten soll, nämlich „gegen die Sozialdemokratie
und für die vereinigte Reaktion von Junkern und Ultramontanen“.

weiter geteilt wird, nachdem „in Übereinstimmung mit dem
beiliegenden Vater“ Bischof Korum angeordnet hatte, daß unsere
Kampfpublikation wegen veränderter Umstände als nicht
geschehen zu betrachten sei. Es steht jetzt fast so aus, als
ob mit den „veränderten Umständen“ der Bischof die
Kampfpublikation auf sehr weit gehende Konzessionen der preussischen
Unterrichtsverwaltung gemeint hätte und mit dem „als nicht
geschehen zu betrachten“ hätte sagen wollen, daß öffentliche
Himmelfahrt auf Spangmaßregeln nicht mehr nötig seien. Denn auch
wenn kein Geheimverbot die frühere Kasstrahlung aufrecht
erhalten haben sollte — die Freiheit wäre ja groß —, so
scheint doch festzuhalten, daß im Reichstagswahlkampf die
„konfessionslose“ Schule vorbesten, den Zwischenschritten
nach wie vor mit Verweigerung der Absolution getreue
wird. Der Bischof, von dem im Jahre 1881 gesagt werden konnte,
von den Jesuiten gebildet, sei er der deutschen Sprache kaum
mächtig, ein Fanatiker, dessen reichseigentliche Gesinnungen kein
Gedemüts seien, ist seinen Traditionen die auf den
heutigen Tag treu geblieben. Kultusminister Staudt ist nicht
der Mann, ihn von einem Wege abzubringen, den vor
zwanzig Jahren Windt hoch seiner Partei vorgezeichnet hat,
indem er erklärte: „Die Grammatik und die Algebra kann
man an sich nicht konfessionell fassen, aber die Lehrer, welche
Algebra und Grammatik lehren, können, während sie diese
Disziplinen lehren sollten, allerlei kariose Dinge dazwischen
bringen, und das ist es gerade, was selbst auf diesem
unzweifelhaft neutralen Gebiet die Simultanschulen bedenklich
macht. . . . es muß der ganze Unterricht in allen Fällen
ohne Ausnahme getragen werden von der in der
betreffenden Konfession zum Ausdruck kommenden religiösen
Auffassung. Und weil das in einer Simultanschule
nicht zu erreichen ist, so ist sie zu verurteilen.“

Da es durchaus kein Schande ist, vom Gegner zu lernen,
so soll auch an dieser Stelle mit allem Nachdruck die
sozialdemokratische Opferwilligkeit als nachahmenswert
bezeichnet werden. Nahezu 90 000 A sind in dem
einen Monat März laut der im „Vorwärts“ veröffentlichten
Quittung dem Parteiführer an Beiträgen zugeflossen.
Wir brauchen uns nicht länger den Kopf darüber zu
zerbrechen, welcher „begeisterter Anhänger“ als „Kantion
für den Wahlkampf“ 30 000 A gespendet hat, welcher Geber
von 10 000 A sich hinter dem Fragezeichen versteckt. Aber
nachzuahmen ist dieses Beispiel nicht nur, weil für diesen
Kampf große Geldsummen dringend notwendig sind. Ebenso
wichtig scheint uns die Erwägung, daß auch der Name
angewendet und auf die Wichtigkeit der Entscheidung
hingewiesen wird, wenn er sieht, daß vermögende Leute
große Summen für die Sozialdemokratie opfern. Jede Zeile des
„Vorwärts“ deutet darauf hin, daß er von den bevorstehenden Reichstagswahlen einen
bisher nicht dagewesenen Triumph an Wahlen wie an Stimm-
zahlen erwartet. Die Taktik, für die Hauptwahl überall im
eigenen Kandidaten vorzugehen, mußte bei den Gegnern
den letzten Mann an die Wahlurne rufen. Denn die Stimmen
werden zur Feststellung von Stimm und Bedeutung der
Partei durch ganz Deutschland gezählt. Hinterher ist es
leicht, durch fünf lange Jahre darüber zu räsonnieren, daß
der Terrorismus der Sozialdemokratie das Bürgertum im
Parlament eine traurige Rolle spielen läßt. Jedem einzelnen
ist die Macht in die Hand gegeben, solchen Übermut einen
Dämpfer aufzusetzen. Wer würde die Gelegenheit undrauf
vorübergehen lassen?

Vom Deutschen Flotten-Verein.

Von besonderer Seite wird der „Sächs. Reichstags-“
geschrieben:
In diesen Tagen war ein halbes Jahrhundert durch
Vand gegangen, seit die deutsche Flotte unter Hannibal
Seibers Hammer gebracht worden. Da ist es wohl an-
gemessen, von dieser Zeit der nationalen Verkümmern
weg nochmals den Blick auf die furchtlich in München
stattgefundene Tagung des Deutschen Flotten-Vereins zu
richten.
Über hundert Vertreter der gewaltigen Vereins-
organisation von 800 000 Mitgliedern hatten sich dort
vereintigt zur Beratung, wie die durch unsern Kaiser's
Mahnworte erwachte Erkenntnis von der Notwendigkeit
unserer Seemacht noch mehr in alle Schichten der Be-
völkerung getragen werden könne. Dauf der Sachlich-
keit, mit der die Verhandlungen geführt wurden, dankt
der unsichtliche Leiter des Vereinspräsidenten, Fürsten
zu Salm, dank aber auch der hingebenden Arbeit der
Landes- und Provinzial-Kommissionen war das Ergebnis
der Verhandlungen ein in jeder Beziehung erfreuliches.
Als ein politisches Ereignis aber kann der
Empfang bezeichnet werden, dessen die Hauptversammlung
sich überall in den höchsten Kreisen, wie bei der Stadt
und den Einwohnern zu erfreuen hatte.

Prinz Luitpold, des Königreiches Bayern so hochver-
ehrter Bewerter, ehrte das Präsidium durch wiederholten
Empfang und Einladung und befaß für dasselbe, sowie
für die Vertreter der Landes- und Provinzial-Kommissionen
eine feierliche Veranstaltung in dem Hoftheater; die Stadt
eine feierliche Veranstaltung zu einem intimen frühlichen
Künstlerabend.

Wanz besonders aber trat die warme Sympathie,
welche alle Schichten der Bevölkerung dem Flotten-Verein
entgegenbrachten, an dem Hochabend hervor, den die Ord-
nungsgruppe München in dem Ewensbräu veranstaltete.
Dort fanden sich in großer Zahl Ochs und Krieger zu-
sammen, ohne Unterschied der Parteien, der
Thronfolger, mehrere Prinzen des königlichen Hauses,
Minister, Gesandte und sonstige Würdenträger jeder Art,
um Jugend abzugeben für das Interesse, mit dem sie die
nationalen Bestrebungen des Flottenvereins begleiten.
So wurde auch nicht endemerkender Beifall solchen Sätzen
der Redner geäußert, in denen darauf hingewiesen
wurde, daß es kein anderes nationales Ziel gebe, das so
sehr geeignet sei, über die Sonderbestrebungen der
Parteien hinwegzuführen und Nord und Süd in treuer
Verbrüderung zu gemeinsamer Arbeit für Deutschlands
Ehre und Wohlfahrt zu vereintigen, wie die auf Schaf-
fung einer seegewaltigen Flotte gerichtete Bewegung des
Deutschen Flotten-Vereins.

Große Verdienste um den herrlichen Verkauf dieser
Festtage erwarben sich der bayerische Landesoberbefehl, so-
wie die Ordungsgruppe München, insbesondere deren Vor-
sitzende, Reichsrat Dr. v. Würgburg und General
der Artillerie J. D. v. Sauer, denen auch herzlich
Dank von allen Seiten, insbesondere von dem Vereins-
präsidenten, Fürsten zu Salm, dargebracht wurde.
Besonders wohlwollend aber empfanden die Festteilnehmer,
daß bei allen Veranstaltungen stets die treue Anhänglich-
keit an das angesehene Fürstentum sich mit der warmen
Hingabe an das gemeinsame Vaterland verband.

Deutsches Reich.

Berlin, 18. April. (Polen und Zentrum.)
Wenn die Polen in Oberitalien und im Rheinlande
das Zentrum beschimpfen und dabei sogar gelegentlich
taupolische Verhältnisse nicht verschonen, aber wenn sie, wie
es bei den gegenwärtigen Wahlen geschieht, dem Zentrum
eigene Bewerber gegenüberstellen, so tröstet man sich in
Zentrumskreisen meist damit, daß nur der radikale
Hügel der Polen so unbedeutend gegen das Zentrum sei, daß
aber das offizielle Potential nun wie vor an der Bundes-
treue zum Zentrum schaffte. Ein Vorgang im Wahlkreis
Sauer-Strundum war das Zentrum eines anderen be-
lehren. Der gegenwärtige Vertreter dieses Wahlkreises,
Graf Wittke, erklärte in einem Schreiben das Pro-
gramm des Zentrums, das Zentrum als Kandidat des
Zentrums auszutreten zu dürfen; sonst wäre der Wahl-
kreis ernstlich gefährdet, da die deutschen Katholiken für
ihn als politischen Kandidaten nicht stimmen würden. Das
Zentrum hat diesen Vorbehalt zum Zweck abgethan und dem
Grafen angeboten, daß wenn er etwa als Zentrumsmann
kandidieren wolle, man ihm einen besonderen Bewer-
ber entgegenstellen werde. Dieser Beschluß des offi-
ziellen polnischen Wahlkreises ist von zwei Gesichtspun-
kten aus höchst charakteristisch für die veränderte Stellung
auch des offiziellen Volkentums dem Zentrum gegenüber.
Einmal nämlich hebt der Beschluß in vollständigem Gegen-
satz zu dem Verhalten der Polen in dem gleichfalls polen-
lichen Wahlkreis Frankfurt-Ober bei den letzten allgemeinen
Wahlen. Dort liegen die Verhältnisse ganz ähnlich wie
in Sauer-Strundum, denn auch dort entscheiden die

deutschen Katholiken. Da insolge dessen der Wahlkreis für
einen polnischen Bewerber höchst unsicher schien, so ver-
zichteten die Polen freiwillig auf das von ihnen 1898-99
tunehmehabte Mandat und gaben ihre Stimmen einem Zen-
trumsmann, der denn auch gewählt wurde. Graf Wittke
will ja sogar etwas Gerinnertes, als was die Polen in
Frankfurt-Ober freiwillig lassen, denn während sie
für einen wohlbedachten Zentrumsmann deutscher Abstam-
mung eintraten, will Graf Wittke nur die Zentrumsmann-
schaft vornehmen, um im übrigen zu bleiben, was er ist,
nämlich ein Katholik. Aber damit beruhigen wir den
zweiten Grund, aus dem die scharfe Ablehnung des polen-
lichen Wahlkreises sogar charakteristisch ist. An sich
würde sich, wie erwähnt, bei einem Eintritte in den
Wahlkreis des Grafen Wittke nicht das Mindeste zu Un-
gunsten der Polen ändern; aber könnte man sagen, daß
Graf Wittke als Mitglied des Zentrums zusammen mit
so manchem andern verhassten Polen, der bereits der Zen-
trumskategorie angehört, die Haltung der Zentrumskategorie
im Sinne geteilterer Polentfreundlichkeit beeinflussen
würde. Wenn ernstlich dieser und der ebenfalls
nicht abzuleugnenden Tatsache, daß Graf Wittke mit
seiner Person, der Wahlkreis könnte in deutsche Hände
übergehen, ganz recht hat, das polnische Zentrumswahl-
recht erklärt, es wolle lieber den Wahlkreis in Verlust
geraten als einem sich auch nur nominell zum Zentrum
rechnenden Polen zulassen, so beweist dies eine starke
Erkennung gegen das Zentrum auch in den Kreisen der
angehört „gemäßigten“ Polen. Die Erklärung zwischen
gemäßigten und radikalen Polen dürfte überhaupt bald
hinfallen sein, denn immer mehr vereinigen sich alle Polen
in dem Bewußtsein des lebensfähigen Hoffens gegen das
Deutschtum und ebenso, wie die Sozialdemokratie auch den
radikalen Überwältigung in dem „reaktionären“ Lager ver-
trägt, so betrachten das Volkstum alle Deutschen als seine Feinde,
auch die radikalen, trotz ihres so eifriger Eintretens für
die polnischen Wünsche.

C. H. Berlin, 18. April. Der internationale
Bergarbeiterkongress wird vom 1. bis zum
4. Juni in Brüssel abgehalten werden. In Aussicht
auf die deutschen Delegierten, welche in hinreichender Anzahl
auf dem Kongress erscheinen werden, ist beschlossen worden,
die Beratungen zu beschleunigen, damit die Herren so
wenig wie möglich von der Agitation für die Reichstags-
wahlen ferngehalten werden. Der deutsche Delegierte auf
der Konferenz in Brüssel, Redakteur Hue, verlangte
amur, daß der Kongress in Aussicht auf die deutschen
Reichstagswahlen im Juli abgehalten werde, dem
Widerstande aber die Engländer und die Belgier, weil
um diese Zeit in ihren Parlamenten wichtige Fragen der
berühmtesten Angelegenheit zur Beratung kämen.
Auf der Tagesordnung des Kongresses werden die üb-
lichen Fragen: Verurteilung der Arbeitszeit auf acht
Stunden (einschließlich Eins- und Ausfahrt), Verhütung
der Mienen und Generalstreik, stehen. Auf
Wunsch des deutschen Delegierten wurde noch auf die
Tagesordnung die Einführung sanitärer Vorschriften in
Bezug auf die Baufrankheit gesetzt, und die eng-
lischen Delegierten sprachen den Wunsch aus, daß der
Kongress sich mit der formalen Vertretung der Berg-
arbeiter an der politischen Aktion (Wahl von Arbeitsver-
bänden) beschäftigen möge. Das soll geschehen. In den
nächsten Tagen finden in den deutschen Bergarbeiter-
kongressen Bergarbeiterversammlungen statt, um zu den
einzelnen Punkten der Tagesordnung Stellung zu
nehmen. Das dem Kongresse eine große Bedeutung be-
zumeihen ist, bedarf keiner Hervorhebung; das internationale
Vand, das die englischen, die französischen, die belgi-
schen und die deutschen Bergarbeiter umschließt, ist be-
sonders fest und wird durch diesen Kongress noch be-
festigt werden. Wenn auch zur Zeit der Frage der Ver-
antwortung der Mienen, die auf allen diesen internationalen
Kongressen gefordert wird, eine größere Bedeu-
tung nicht beizumessen ist, so ist es immerhin sehr be-
merkenswert, daß jetzt alle Bergarbeiterorganisationen in
dieser Forderung einig sind, während früher darüber
die Ansichten weit auseinandergingen. Die Frage des
internationalen Generalstreiks erheben sich vor wenigen
Jahren als Phantome, neuerdings ist die praktische Lösung
an mehr als einer Stelle versucht worden.

Berlin, 18. April. Ueber das Korpsbureau-
tentum in der preussischen Verwaltung veröffentlichten
jüngst die „Morgenblätter“ eine kleine Statistik, aus
der hervorgeht, daß von 35 Regierungspräsidenten 21 alte
Rechtsjuristen sind. Das Organ der Bureauschaff, die
„Bürokratischen Blätter“, begleiten diese Statistik mit einem
sarkastischen Kommentar, dem wir folgende Stellen entnehmen:
„Die „Morgenblätter“ hatten der Reich die Wahrheit gesagt:
„An ihren Rechten soll Sie sie erkennen.“ Ist das nun eine
Kritik auf die preussische Verwaltung oder lediglich Eigenlob?
Man kann sehr wohl beides darin erkennen. Denn nicht das
Korpsbureau: „Das eine so große Zahl alter Rechtsjuristen es
bis zum Regierungspräsidenten gebracht hat, befindet es denn,
wie trefflich die Korps ihre Leute für das Leben erziehen.“
Sicherlich! Aber es beweist meines Erachtens noch mehr,
noch auch für die obige preussische Bevölkerung von Interesse
ist. Es beweist nämlich noch dreierlei: 1) daß die Verwaltungsfaktoren in Preußen eine solche angemessene Weltanschauung,
guter
abgiger Beziehungen und lebendiger Receptkonzeptionen ist.
Wird
dieser Weltanschauung und Lebensweise in Preußen, die bei der
Belagerung von
höheren Verwaltungsklassen in Preußen in Frage kommen (Sudavia,
Soga-Borsalia, Borsalia-Don, Sogania-Wellingen u.). Es beweist
2) daß die alte Organisationsweise Lebensweise, es ist nicht
eigentlich
ein großes Maß von Kennntnis zum Betriebsamt nötig,
bei uns zur Zeit in glücklicher Umwicklung sich befindet,
denn daß die Korps gerade auf wissenschaftliche Ausbildung ihrer
Mitglieder Gewicht legen, das würde sammtlich von den vor-
nehmern Korps als eine unangenehme Zumutung abgelehnt werden,
3) beweist es unser Erachtens, daß die preussische Regierungsmacht
nach einem etwas einseitigen Gulten glänzt ist und daher
Gefolge läßt, bei komplizierten politischen Vorgängen zu verlangen.